



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom deutschen Reichstage und preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

vollkommen Herr der deutschen Sprache ist und viele deutsche Gedichte, u. A. auch Goethe's „Faust“, ins Englische übertragen hat.

Rud. Doehn.

Vom deutschen Reichstage und preussischen Landtage.

Berlin, 10. Februar.

Unter einer merkwürdigeren Konstellation, als der gegenwärtigen, hätte die Volksvertretung des deutschen Reiches nicht zusammentreten können. Seit Jahren haben sich die kritischsten Fragen äußerer und innerer Politik nicht in einem Maße gehäuft, wie in diesem Augenblick. Die orientalische Verwicklung auf's Aeußerste zugespitzt, das Konklave die Wahl vorbereitend, von der es abhängen wird, ob zwischen dem modernen Staate und der römisch katholischen Kirche wieder friedlichere Beziehungen Platz greifen, oder ein Kampf auf Leben und Tod geführt werden soll; im Innern die Ungewißheit noch immer nicht gehoben, ob der erste Beamte des Reichs das von ihm geschaffene Werk weiter führen oder ob er wirklich muthlos die Arme sinken lassen wird; die Probleme einer lebensfähigen Organisation der Zentralverwaltung des Reichs, eines den thatsächlichen Verhältnissen besser entsprechenden Zusammenwirkens zwischen der Leitung der hauptsächlichsten Verwaltungszweige im Reich und in Preußen noch mitten im Fluß, die endgültige Entscheidung über sie noch ganz unberechenbar; die große Frage einer durchgreifenden Steuerreform, ohne welche die stets steigenden finanziellen Bedürfnisse des Reichs, wie der Einzelstaaten eine dauernde Befriedigung nicht finden können, noch nicht einmal klar und deutlich gestellt, geschweige denn reif zur Lösung; daneben der Prinzipienstreit über die Wirthschaftspolitik, unterstützt einerseits durch das fortdauernde Darniederliegen des Verkehrs, andererseits durch das einstweilige Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich, mit ungebrochener Heftigkeit fortgesetzt — das ist die Lage, unter welcher der deutsche Reichstag diesmal seine Thätigkeit beginnt. Die Thronrede, trocken und geschäftsmäßig, wie wir es im Reiche längst gewohnt sind, hat in das verhängnißschwere Dunkel der Situation wenig Licht gebracht. Was sie über die orientalischen Wirren sagt, klingt mehr wie ein frommer Wunsch, als wie eine auf feste Thatfachen begründete Ueberzeugung. Erfreulich ist die erneute Befräftigung der Vermittlungs- und Friedenspolitik, welche die Regierung des deutschen Reichs inmitten aller Komplikationen der letzten Jahre unentwegt befolgt hat;

Neues erfahren wir indeß damit nicht und vor Allem mangelt jede Gewähr, daß der Erfolg, welchen diese Thätigkeit bisher gehabt hat, auch während der nunmehr hereingebrochenen gefährlichsten Krise der gleiche bleiben wird. Die Thronrede hat sich in dieser Beziehung mit bloßen Hoffnungen begnügen müssen. Wir fürchten, auch der Reichskanzler wird, wenn er sich zur Beantwortung der von den liberalen und konservativen Fraktionen eingebrachten Interpellation über die Lage der Orientdinge bereit finden läßt, nicht viel mehr verrathen können. Daß der Reichstag die auswärtige Lage in einem so bedeutsamen Augenblicke nicht mit absolutem Schweigen übergehen durfte, verstand sich von selbst. Durch die unverweilte Verständigung sämmtlicher reichstreuen Parteien wurde zudem die Wiederholung des unerquicklichen Schauspiels vermieden, daß der Reichskanzler, wie wir es so oft gesehen, die Darstellung seiner auswärtigen Politik in der Form einer Vertheidigung gegen die Angriffe eines grundsätzlichen Gegners hätte vorbringen müssen. Im Uebrigen wird die Verhandlung über die Interpellation praktisch kaum auf etwas Anderes hinauskommen, als auf ein neues Vertrauensvotum zu der Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten durch den Fürsten Bismarck.

Ueber das künftige Schicksal unserer Handelsbeziehungen zu Oesterreich und damit unserer Handelspolitik überhaupt giebt die Thronrede ebenfalls keinen positiven Aufschluß.

Bemerkenswerth ist aber, daß sie die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Oesterreich ziemlich sicher in Aussicht stellt, ja sogar die Hoffnung auf das Zustandekommen eines neuen Vertragsverhältnisses vor dem 1. Juli d. J. nicht unterdrückt. Ueber den Gang der früheren, Anfang Dezember v. J. gescheiterten Verhandlungen und den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit soll eine Denkschrift den Reichstag aufklären. Außerdem wird die schutzzöllnerische Agitation schon dafür sorgen, daß die Zollpolitik bald genug zur Debatte kommt.

Daß die Thronrede in der innern Krise kein entscheidendes Wort sprechen werde, war Jedem im Voraus klar. Sind doch gerade für diejenige Vorlage, welche die ersehnte Lösung anzubahnen bestimmt ist, die schwarzen und die heitern Voose im Schooße des Bundesraths noch tief verborgen! Es scheint auch nicht, daß die Entscheidung sich sehr rasch vollziehen werde. Die bairische Regierung will sich ja, wie Herr von Luz seinen neugierigen Ultramontanen versichert, über „Ziel und Zweck“ der Stellvertretungsvorlage erst nähere Aufklärung verschaffen. An sich klingt dies freilich etwas wunderlich. Der nächstliegende Zweck, nämlich überhaupt eine Möglichkeit der Stellvertretung des Reichskanzlers mit dem Rechte zur Gegenzeichnung zu schaffen, liegt ja sonnenklar auf der Hand. Im Uebrigen verhehlt man sich auf keiner Seite, daß

eine also eingerichtete Stellvertretung in ihren weiteren Konsequenzen zur Herausbildung verantwortlicher Reichsminister führen kann. Welches wohlverstandene Interesse die Regierungen der Einzelstaaten aber haben könnten, eine derartige Entwicklung zu verhindern, ist nicht ersichtlich. Man erzählt sogar, daß einzelne nichtpreussische Mitglieder des Bundesraths von Anfang an den Gedanken erwogen hätten, an die Stelle der in dem Entwurfe des Reichskanzlers vorgeschlagenen rein fakultativen Einrichtung eine obligatorische und dauernde Institution zu setzen. Um so besser! Unter den Anhängern des konstitutionellen Systems würden sie darin sicherlich keine Widersacher finden. Wie dem aber auch sei, jedenfalls wird irgend eine Form, welche die „volle Stellvertretung“ des Reichskanzlers ermöglicht, gefunden werden müssen. Wollten die Mittelstaaten, oder wer sonst alle darauf hin gerichteten Vorschläge zum Scheitern bringen, so würde das einfach dem Reichskörper die Lebensadern unterbinden heißen.

Was in den außerpreussischen Staaten Mißtrauen erregt hat, ist offenbar der vielbesprochene Plan, die Leitung der wichtigsten Verwaltungszweige im Reich und diejenige der entsprechenden Departements in Preußen in denselben Personen zu konzentriren. Die Wortführer des Partikularismus sind sofort bei der Hand gewesen, dies als eine neue Verpreussungsteufelei zu denunziren. Eine wirklich unbefangene Erwägung muß jede derartige Gespensterseherei als unbegründet erkennen. Zwischen der Verwaltung des Reichs und derjenigen des Einzelstaats, welcher mehr als die Hälfte des Reichs umfaßt, alle größeren Reibungen zu verhüten, ist eine ebenso selbstverständliche wie bedeutungsvolle Aufgabe der inneren deutschen Politik. Daß der angegebene Weg der einfachste und sicherste zur Lösung dieser Aufgabe sein würde, wird niemand bestreiten. Man kennt die Klagen, mit welchen Fürst Bismarck sich in gewohnter Offenherzigkeit wiederholt über die Schwierigkeiten beschwert hat, welche ihm in dieser oder jener Reichsmaßregel gerade seitens einiger preussischer Ministerien entgegenge-
setzt worden seien. Derartiges würde natürlich nicht mehr zu befürchten stehen, sobald die Chefs der hervorragendsten Reichsämt^{er} identisch mit den betreffenden preussischen Ministern wären. Damit ist zugleich angedeutet, daß es sich nicht sowohl um eine Vermehrung des preussischen Einflusses auf das Reich, als vielmehr umgekehrt um eine Vermehrung des Reichseinflusses auf Preußen handelt. Es liegt dies ja auch ganz klar in den durch die Reichsverfassung gegebenen Verhältnissen. Die für die Reichsverwaltung maßgebenden Grundsätze werden verfassungsmäßig durch den Bundesrath bestimmt. Im Bundesrathe aber würde Preußen auch nach der Einführung der Personalunion von preussischen und Reichsämt^{ern} nicht mehr vermögen als bisher. Daraus folgt, daß auch die Grundsätze der Reichsverwaltung in Zukunft jedenfalls nicht

„preussischer“ sein würden, als sie es heute sind. Wohl aber könnte, wie gesagt, das Umgekehrte in Preußen der Fall sein. Uebrigens steht diese ganze Frage im Augenblick noch durchaus in zweiter Linie und kann jedenfalls für die Entschliessungen der Bundesregierungen über die Stellvertretungsvorlage in keiner Weise als ausschlaggebender Grund benutzt werden.

Unter den sonstigen Aufgaben, welche die Thronrede dem Reichstage stellt, nehmen die Steuervorschläge, voran die Erhöhung der Tabaksteuer, den ersten Rang ein. Ueber die Nothwendigkeit einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs herrscht bei keiner Partei ein Zweifel. Eine andere Frage aber ist, ob man einzelne, darauf gerichtete Maßregeln gut heißen soll, ohne daß zuvor ein umfassender Steuerreformplan festgestellt wäre. Außerdem läßt sich diese Angelegenheit unmöglich abgesondert von der Frage der ganzen Reichsorganisation behandeln. Vielmehr wird die glückliche Lösung der letzteren, wenigstens in ihren prinzipiellen Grundlagen als Vorbedingung der Steuerreform angesehen werden müssen. So geht denn der Reichstag einer nach allen Seiten hin noch sehr dunkeln Zukunft entgegen; gewiß ist nur, daß die begonnene Session für die ganze weitere Entwicklung des Reiches einen bedeutsamen Markstein bilden wird. Ob im guten oder im bösen Sinne, wird die nächste Zeit erkennen lassen.

Der Landtag hat in den letzten Wochen noch sein Möglichstes gethan, um die Session nicht fruchtlos zu Ende gehen zu lassen. Das Gesetz zur Feststellung der Sitze und Bezirke der Oberlandes- und Landgerichte, sowie dasjenige wegen Unterbringung verwahrloster Kinder sind glücklich eingeheimst. Dagegen drohte die wichtigste Aufgabe, das Ausführungs-gesetz zum Gerichts-verfassungs-gesetze, nach all der vom Abgeordneten-hause auf dasselbe verwendeten Arbeit an dem Widerstreben des Justizministers, der sich hinter angebliche Arbeitsunlust des Herrenhauses verschanzte, zu scheitern. Der sehr energisch von allen Parteien des Abgeordneten-hauses kund gegebene Unwille über einen derartigen Ausgang, brachte es jedoch dahin, daß die Regierung von der beabsichtigten Schließung des Landtags Abstand nahm, und nunmehr der betreffende Entwurf zur vollständigen Durchberathung kommen wird. Das Abgeordnetenhaus ist, nachdem es die drei Lesungen absolviert hat, stillschweigend vertagt worden, bis das Herrenhaus seinerseits sich über das Gesetz schlüssig gemacht haben wird. Die Hoffnung, daß das Resultat ein günstiges sein werde, ist nicht unbegründet. An grundsätzlichen Differenzpunkten, welche zwischen dem Abgeordneten-hause und der Regierung noch verblieben sind, dürften nur zwei zu nennen sein, einmal die Frage, ob die Sitze und Bezirke der Amtsgerichte durch den Justizminister oder durch Gesetz festgestellt werden sollen, sodann die Forderung der Regierung, daß für die Revisionen in Landes-

straffachen das Oberlandesgericht zu Berlin für die ganze Monarchie zuständig erklärt werde. Das Abgeordnetenhaus hält dafür, daß es angemessener sei, die Einheit der Rechtsprechung, welche die Regierung als Grund für ihre Forderung ins Feld führte, auf die Weise zu wahren, daß auch die Revisionen in Landesstraffachen dem Reichsgerichte übertragen würden, und hat eine dem entsprechende Resolution angenommen. Es bleibt nun zunächst abzuwarten, wie sich das Herrenhaus zu diesen Streitfragen stellen wird. X. 9.

Ein antisozialdemokratisches Unternehmen.

Unter die erfreulichen Fortschritte der Gegenwart gehört, daß sich im größeren Publikum allmählig die Einsicht Bahn bricht, daß eine „Arbeiterfrage“ überhaupt existiert, und der Einzelne, gehöre er auch weder einem Regierungskollegium an, noch einem gesetzgebenden Körper, noch einer Universität, seine Zeit keineswegs vergeudet, wenn er den sozialen Fragen näher zu treten sucht, daß dies vielmehr, er sei Kaufmann, Industrieller, Techniker, oder was sonst, so recht „zu seinem Geschäft“ gehört.“ Bisher, und zwar schon seit etwa zwei Jahrzehnten, haben das blos die Arbeiter gethan, diese aber stets unter Anleitung von Sozialdemagogen und deren Presse, welche alles Bestehende und Geschehnde nur zu agitatorischen Zwecken künstlich beleuchtet und entstellt mittelst ihrer Zauberlaterne vorzeigen. Natürlich bleiben die so erzeugten Anschauungen und Maximen nicht auf die Arbeiter beschränkt, sondern tragen vielfache Begriffsverwirrungen auch in höhere Bildungsklassen. Denn nirgends fehlt es ja an Menschen, die mit ihrer Lebenslage unzufrieden sind, die darum offenes Ohr haben für Klagen und Anklagen, nicht minder Empfänglichkeit für politische und soziale Quacksalbereien und Universalheilmittel.

Nachdem man nun aber gesehen, daß jeder Arbeiter sobald er nur einigermaßen sozialistisch gedrillt ist, nichts eifriger zu thun hat, als unter seinen Genossen die Werbetrommel zu rühren, und in jedem Meinungsaustausch das letzte Wort behält, fängt man doch an, aufmerksam zu werden und auf Mittel zu denken, wie diesem verderblichen Treiben Schranken zu setzen seien. Vor Allem handelt es sich darum, auszumitteln, was von Seiten der Gesellschaft geschehen kann zur Befriedigung der Arbeitnehmer, die Grenzlinie zu finden